

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Transparenz: Herkunft und Nationalität von Tatverdächtigen benennen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Bevölkerung ein berechtigtes Informationsbedürfnis zu Herkunft und Nationalität von Tatverdächtigen hat. Eine möglichst transparente Benennung von zugewanderten und deutschen Tätern nimmt falschen Verdächtigungen sowie Verschwörungstheorien eine Grundlage und fördert einen sachbezogenen öffentlichen Diskurs zur Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Erlass über die Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern zu überarbeiten. Zukünftig soll die Öffentlichkeitsarbeit der Polizeibehörden so geregelt sein, dass sicher verfügbare Informationen zu Herkunft oder Nationalität von Tatverdächtigen benannt werden.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Bei Themen, die von vielen Bürgern sehr emotional wahrgenommen werden, stellt die Faktenlage eine herausragende Bedeutung für den kritischen Diskurs dar. Nicht erst seit den massenhaften sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 hat das Bild einer sorgfältigen Informationspraxis von Behörden und etablierten Medien Risse bekommen. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und die Debatte zu versachlichen, sollen zukünftig sicher verfügbare Informationen zu Herkunft oder Nationalität von Tatverdächtigen benannt werden.

Die aktuellen Richtlinien des Presserates fordern ein begründbares öffentliches Interesse, um die Herkunft oder Nationalität eines Tatverdächtigen zu benennen. Hier liegt die Verantwortung bei den Journalisten, jeden einzelnen Fall abzuwägen. Davon unberührt haben die Bürger ein berechtigtes Interesse daran, dass die Regierung nichts Bedeutsames verschweigt. Durch die Überarbeitung des Medienerlasses der Landespolizei soll deshalb die kritische Öffentlichkeit und die Presse jederzeit die Identität von Verdächtigen umfassend nachvollziehen können.

Das Ministerium für Inneres und Europa hat sich laut Antwort auf eine Kleine Anfrage offen für eine Überarbeitung des aktuell geltenden Medienerlasses der Landespolizei gezeigt: „[...] die Landesregierung (sieht) Transparenz grundsätzlich als geeignetes Mittel an, um diesem Informationsbedürfnis nachzukommen.“¹ Der Bürger muss wissen, was ist, damit er klug mitentscheiden kann.

¹ Drucksache 7/4223, S. 2.